

Kurz berichtet

16-Jähriger nach Bluttat in Mittelbiberach wegen Totschlag angeklagt

BIBERACH (tab) - Nach der tödlichen Messerstecherei in Mittelbiberach, bei der ein 17-Jähriger mutmaßliche Täter wegen Totschlag angeklagt. Dies teilte die Staatsanwaltschaft Ravensburg am Montag mit. Derzeit befindet sich der Jugendliche, der aus dem Raum Biberach stammt, in der Justizvollzugsanstalt in Ravensburg in Haft. „Hier wird er vermutlich auch bis zur Verhandlung bleiben“, sagte Staatsanwältin Christine Weiss. „Der mutmaßliche Täter ist schuldhaft und wird nach Jugendstrafrecht behandelt.“ Die Höchststrafe

für die Tat liege bei zehn Jahren Freiheitsstrafe, so Weiss.

Die Tat ereignete sich am Samstagabend gegen 20.15 Uhr in Mittelbiberach. Ein Gruppe von zehn Jugendlichen traf auf den mutmaßlichen Täter und seinen Begleiter. Nach einer normalen Unterhaltung gerieten der 16-Jährige und sein späteres Opfer laut Polizei plötzlich in Streit. Der mutmaßliche Täter zog ein Klappmesser und stach dem 17-Jährigen aus dem Raum Ochsenhausen in den Leistenbereich. Das Opfer erlag seinen Verletzungen wenig später im Krankenhaus. Die Tatwaffe wurde von der Polizei sichergestellt.

Zum Motiv kann die Polizei noch nicht viel sagen: „Wir müssen die Jugendlichen erst noch vernehmen“, sagte Uwe Krause, Sprecher des Polizeipräsidiums Ulm. Er bestätigte aber die Gerüchte, dass es beim Streit wohl auch um eine Zigarette ging. „Mehr können wir noch nicht sagen.“

Was sicher ist: Der mutmaßliche Täter soll zum Tatzeitpunkt erheblich alkoholisiert gewesen sein, so der Polizeisprecher. Ob das Opfer auch unter Alkoholeinfluss gestanden hat, sei noch unklar. Polizei und Staatsanwaltschaft befassen sich jetzt intensiv mit der Frage, warum es zu dem Messerstich kam.



Kerzen am Tatort in Mittelbiberach. FOTO: TANJA BOSCH

Aufklärung in Korntal: Anwalt zieht sich zurück

STUTTGART (lsw) - Der Rechtsanwalt Ulrich Weber hat sich aus der geplanten Aufklärung von Missbrauchsfällen in Heimen der evangelischen Brüdergemeinde Korntal zurückgezogen. Er stehe für die Aufgabe nicht mehr zur Verfügung, teilte er am Montag mit. Eigentlich hätte Weber vor wenigen Tagen offiziell als Aufklärer beauftragt werden sollen. Die Mediatoren, die Brüdergemeinde und Opfervertreter bis zu einer Beauftragung begleiten sollten, stoppten das Verfahren vorerst. Als Grund wurde ein Medienbericht angegeben, demzufolge der Anwalt in eine Korruptionsaffäre verwickelt sein könnte. Weber weist das zurück. Er kritisierte hingegen, dass Brüdergemeinde und die Mediatoren nicht mit maximaler Offenheit agiert hätten. Außerdem fürchte er, nicht unabhängig arbeiten zu können. Die Brüdergemeinde betreibt neben dem Heim in Korntal ein weiteres in Wilhelmsdorf (Kreis Ravensburg), wo es ebenfalls zu Missbrauchsfällen gekommen sein soll.

Fälle von FSME-Übertragung durch Zecken verdoppelt

FREIBURG (lsw) - An der von Zecken übertragenen Infektionskrankheit FSME sind in Baden-Württemberg im vergangenen Jahr fast doppelt so viele Menschen erkrankt wie im Jahr zuvor. Landesweit wurden 2016 insgesamt 116 Patienten registriert, teilte die Landesvertretung der Techniker Krankenkasse (TK) in Freiburg mit. 2015 seien es 60 Betroffene gewesen. Dies zeigten die vom Robert Koch Institut erhobenen Daten. Grund für den Anstieg sei die Impfmüdigkeit vieler Menschen im Südwesten. Die Krankenkasse und das Landesgesundheitsamt riefen dazu auf, sich impfen zu lassen. Denn mit Ausnahme von Heilbronn sei der gesamte Südwesten Risikogebiet.

AfD fordert Verfassungsrang für deutsche Sprache

STUTTGART (lsw) - Die AfD will Deutsch als Landessprache in der Landesverfassung festschreiben lassen. „Der Staat fördert und sichert ihre Verwendung im öffentlichen Bereich“, heißt es in einem entsprechenden Gesetzentwurf. Gefährdet sei die deutsche Sprache, weil ein schleichender Prozess der Spracherosion im öffentlichen Leben wie auch in der öffentlichen Verwaltung zu beobachten sei. Die anderen Fraktionen bezeichneten den Vorstoß als überflüssig. „Es ist für uns selbstverständlich, dass in unserem Land die Amtssprache Deutsch ist“, sagte der Grüne Jürgen Filius. Ähnlich äußerten sich Vertreter von CDU, SPD und FDP.

Pinguin aus Gehege in Mannheim gestohlen

MANNHEIM (lsw) - Unbekannte haben einen Pinguin aus einem Gehege im Luisenpark in Mannheim gestohlen. Der Diebstahl war bei der Zählung der Pinguine am Samstag bemerkt worden. „Wer glaubt, er könne den Vogel als Haustier halten, ist jenseits von Gut und Böse“, sagte eine Sprecherin der Anlage am Montag. Der etwa fünf Kilogramm schwere Humboldt-Pinguin habe ohne besondere Lebensbedingungen wie etwa spezielle Nahrung keine Überlebenschance. Die Polizei bestätigte Ermittlungen. Da das Leben des Tieres gefährdet sei, werde man den Fall nicht als Dummejungenstreich. Der 50 bis 60 Zentimeter große Pinguin trägt eine Flügelmarke mit der Nummer 53 und einen implantierten Erkennungs-Chip.



Humboldt-Pinguin FOTO: DPA



Instrumente hoch zum Gruß: Musikanten beim Kreisverbandsmusikfest 2012 auf Schloss Zeil (Landkreis Ravensburg). Die Musikverbände erhalten jetzt Geld für den Neubau ihrer Akademien. ARCHIVFOTO: ROLAND RASEMANN

Geld für E-Mobilität und Biosphärengebiete

Die finanziellen Zusagen für die Neubauten der beiden Blasmusikverbände kann die CDU als Erfolg verbuchen. „Das ist ein wichtiges Signal für das große ehrenamtliche Engagement“, sagt etwa der Wängener CDU-Abgeordnete Raimund Haser. Im Gegenzug konnten die Grünen der CDU Zusagen abringen für andere Bereiche, die ihnen wichtig sind. Die Landesinitiative E-Mobilität, für die im aktuellen Haushalt acht Millionen Euro verankert sind,

bekommt 2018 und 2019 insgesamt weitere vier Millionen Euro. In den selben Jahren sollen in die Biosphärengebiete Schwäbische Alb und Schwarzwald insgesamt zwei Millionen Euro fließen. Das Geld soll unter anderem für Maßnahmen zur Steigerung der biologischen Vielfalt und zur Förderung der Schäferei fließen. Um die Ausgaben aufzufangen, bekommt das Landesamt für Datenschutz nur acht statt wie geplant zwölf neue Stellen. (kab)

Kritik an Pensionsregelung reißt nicht ab

SPD, Grüne und CDU registrieren Unmut der Basis über Landtagsbeschluss

STUTTGART (lsw) - Die Parteien in Baden-Württemberg geraten nach dem Pensionsbeschluss des Landtags zunehmend unter Druck. In den Landesverbänden von SPD und Grünen mehren sich E-Mails und Anrufe, in denen Mitglieder die Entscheidung der Landtagsfraktionen beider Parteien kritisieren. Manche davon denken auch laut über einen Parteiaustritt nach, wie ein SPD-Sprecher am Montag sagte. Nach seinen Angaben bewegt sich die Zahl der kritischen Rückmeldungen im gesamten Land im dreistelligen Bereich. Auch beim CDU-Landesverband spielt das

Thema eine „gewisse Rolle“, wie ein Parteisprecher sagte.

Mit den Stimmen von SPD, Grünen und CDU hatte der Landtag am Freitag die Neuregelung beschlossen, nach der die Abgeordneten künftig wieder die Möglichkeit haben, im Alter eine staatliche Pension zu bekommen - anstelle der vor fast zehn Jahren eingeführten privaten Altersvorsorge.

Nach SPD-Landeschefin Leni Breymaier kritisierte am Montag auch die ehemalige SPD-Fraktionschefin Ute Vogt den Beschluss. „Ich hätte das nicht gemacht“, sagte Vogt,

Millionenhilfe für Blasmusik

Landtag sichert Geld für neue Akademie in Plochingen und Erweiterung in Staufen zu

Von Kara Ballarin

STUTTGART - In letzter Minute hat der Landtag 18 Millionen Euro für Neubauten der beiden Blasmusikverbände von Baden-Württemberg bewilligt. „Für uns ist es eine großartige Nachricht“, sagt der Präsident des Blasmusikverbands Baden-Württemberg (BVBW) Rudolf Köberle, der für die Vereine des württembergischen Landesteils zuständig ist. Bis zuletzt rangen die grün-schwarzen Koalitionspartner um eine Einigung.

Lange schon plant der BVBW den Neubau einer Musikakademie. Weil die alte Akademie in Kürnbach (Landkreis Karlsruhe) den Anforderungen an den Brandschutz nicht mehr gewachsen war, fiel die Entscheidung auf einen Neubau in Plochingen (Landkreis Esslingen). Ein Umbau wäre aufwendig und kostspielig gewesen - die Rede war von drei Millionen Euro. Doch die Finanzierung des Neubaus war unsicher. „Bis zuletzt gab es sehr verwirrende Signale der Politik“, sagt BVBW-Präsident Köberle, der lange Jahre Ravensburger CDU-Landtagsabgeordneter und zeitweise auch Minister für den Ländlichen Raum war.

Grün-schwarzes Tauschgeschäft

Am Rande der Haushaltsdebatten im Landtag vergangene Woche rangen sich Grüne und CDU letztlich zu einem Kompromiss durch. Vor allem die CDU-Abgeordneten aus Oberschwaben erhöhten den Druck, um eine Finanzierung sicherzustellen. Nach Verhandlungen zwischen den beiden Fraktionschefs Wolfgang Reinhart (CDU) und Andreas Strobl (CDU) gibt es nun eine Lösung: gesicherte Gelder für die Blasmusik, im Gegenzug zusätzliche Mittel für E-Mobilität und Biosphärengebiete (siehe Kasten).

Der BVBW und sein Partnerverband aus dem badischen Landesteil, der Bund Deutscher Blasmusikverbände (BDB), hatten 20 Millionen Euro vom Land für die neue Musikakademie in Plochingen und die Erweiterung der Akademie in Staufen (Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald) beantragt. „Unser Haus ist schon seit vielen Jahren über Kapazität belastet“, sagt Christoph Karle, Leiter der Stauffer Musikakademie. „Das zeigt, wie hoch der Bedarf bei den Amateuren ist.“ Im Haushalt 2017 waren le-

diglich acht Millionen verankert. „Es war nicht klar, ob das der Einstieg oder die abschließende Summe ist“, so Köberle. Wäre das der endgültige Zuschuss gewesen, „wären wir völlig überfordert gewesen, so viele Eigenmittel zu bringen“, sagt er.

Nun können die beiden Verbände mit insgesamt 18 Millionen Euro planen. Im aktuellen Haushalt sind zwar nur zwei Millionen Euro eingestellt, dafür hat sich das Land verpflichtet, 2018 weitere sechs sowie in den Jahren 2019 und 2020 jeweils fünf Millionen Euro bereitzustellen. „Wir können jetzt mit Hochdruck die nächsten Schritte angehen“, sagt Köberle erfreut. Zunächst würde das Grundstück von der Stadt Plochingen gekauft, zum anderen können die Architekten mit der Bauplanung beginnen - im Architektenwettbewerb hatte sich das Stuttgarter Büro Lederer, Ragnsdóttir und Oei durchgesetzt, die unter anderem das Kunstmuseum in Ravensburg entworfen haben. „Der Spatenstich ist noch in diesem Jahr geplant“, sagt Köberle.

Von den 18 Millionen Euro seien 10,8 Millionen Euro für den BVBW-Neubau in Plochingen eingeplant. Da der Verband mit Kosten von 16 Millionen Euro rechnet, muss er die Differenz selbst stemmen. Davon sollen die Vereine eine Million Euro beisteuern. Die alte Akademie in Kürnbach ist bereits verkauft, die Verhandlungen zum Verkauf der BVBW-Geschäftsstelle in Bad Cannstatt, einer alten Stadt-Villa, liefen aktuell, so Köberle. „Wenn es dann noch eine Lücke gibt, müssen wir einen Kredit aufnehmen.“

60 Prozent Jugendliche

Die Musikakademien in Plochingen und Staufen sollen der Aus- und Weiterbildung der Amateur-Blasmusiker im Land dienen. Zugleich sollen die Geschäftsstellen dort Ideen und neue Wege entwickeln, wie etwa mit Zuwanderung und Integration noch besser umgegangen werden kann. Auch Chöre und Orchester sollen sich hier einmieten können. „Die Blasmusik war noch nie so jung, so stark und so professionell wie heute“, sagt Köberle, dessen Verband nach seinen Angaben 1430 Vereine umfasst und 106 000 Mitglieder zählt. Hinzu kommen 270 000 passive Mitglieder. Der badische BDB vereint weitere 170 000 Mitglieder, von denen 72 000 aktive Musiker sind. 60 Prozent der Aktiven in beiden Verbänden sind den Angaben zufolge Jugendliche.

Kommentar

Von Ulrich Mendelin



Nicht so schnell

Selten sind Landesparteien so unverblümt zu ihren eigenen Fraktionen auf Distanz gegangen wie jetzt SPD und Grüne in der Frage der Abgeordnetenpensionen. Dass die Parteichefs von den eigenen Parlamentariern abrücken, dürfte der Parteibasis gefallen; in der breiteren Öffentlichkeit wird der Versuch der Schadensbegrenzung aber nicht wirken. Dort kommt an: „Die“ Politiker gönnen sich eine üppige Pension. Und, noch ärgerlicher: Alles sollte so schnell wie möglich über die Bühne gehen.

Daraus wird nun nichts. Schon wird das erst kürzlich eingeführte Instrument des Volksantrags ins Spiel gebracht. Der mag zwar eher symbolischer Natur sein. Für die Abgeordneten wäre eine Neubehandlung des Themas im Landtag aber möglich - und nähme ihnen womöglich die Lust auf weitere Hau-Ruck-Aktionen dieser Art.

u.mendelin@schwaebische.de

Stichwort: Volksantrag

Der Landtag hat im November 2015 Instrumente für mehr Bürgerbeteiligung beschlossen. Dazu gehört der Volksantrag: Bürger können den Landtag dazu zwingen, sich mit einem bestimmten Thema zu befassen, wenn 0,5 Prozent der Wahlberechtigten (rund 40 000 Menschen) in Baden-Württemberg dies genauso sehen. Damit soll die Arbeit des Landtags stärker von dem bestimmt werden, was die Bürger interessiert oder wo sie Handlungsbedarf sehen. (lsw)



Der Landtag hat die Abgeordnetenversorgung neu geregelt. FOTO: DPA

Schwäbische Zeitung

Gegründet 1945  
Erscheinungsweise: Werktäglich - Erscheinungsorte: Aalen, Biberach, Ehingen, Ellwangen, Friedrichshafen, Lichingen, Laupheim, Leutkirch, Lindau, Markdorf, Meßkirch, Pfullendorf, Ravensburg, Riedlingen, Bad Saulgau, Sigmaringen, Spaltingen, Tettnang, Trossingen, Tuttlingen, Ulm, Bad Waldsee, Wangen.

Redaktion  
Chefredakteur: Dr. Hendrik Groth (verantwortlich)  
Stellv. Chefredakteur: Andreas Müller, Christoph Plate;  
Mitglied der Chefredaktion: Yannick Dilling (digital);  
Jochen Schlosser (CVD Redaktion); Politik: Claudia Kling;  
Wirtschaft: Benjamin Wagener (stv.; Tanja Schultbauer);  
Gestaltung: Mark Hildebrandt; Seite Drei: Christoph Plate;  
Journal/Kultur: Barbara Miller; Sport: Filippo Cataldo;  
Beilagen/Wochenende: Dirk Uhlenbruch;  
alle 88212 Ravensburg, Karlstraße 16

Redaktion Stuttgart: Kara Ballarin, Katja Korf  
Redaktion Berlin: Sabine Lenartz  
Regionalreporter Allgäu/Bodensee: Uwe Jaub  
Korrespondenten in Washington, Moskau, Paris und Brüssel.  
Druck: Druckhaus Ulm-Oberschwaben GmbH & Co. KG,  
Weingarten und Ulm

Verlag  
Schwäbischer Verlag GmbH & Co. KG Drexler, Gessler  
Karlstraße 16, 88212 Ravensburg;  
Telefon 0751 / 2955-0; Telefax 0751 / 2955-991499  
Anzeigen Telefax 0751 / 2955-991129  
Geschäftsführer: Dr. Kurt Sabathil

Verlagsdirektor: Michael Meyer-Böhm  
Verantwortlich für Anzeigen: Reinhard Hofer  
Marketing und Vertrieb: Ronald Koppelt  
Zustellung und Logistik: Alexander Bachmann  
Zeitungsproduktion: Klaus Zellmer  
Chef vom Dienst: Bernd Scheibitz  
Für Anzeigen und Beilagen gelten die Geschäftsbedingungen der Preisliste Nr. 69 vom 11.2017. Für den Inhalt der Lokalteile sind die Lokalredaktionen und die lokalen Anzeigenleiter verantwortlich. Für unverlangte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Falls durch Eintritt höherer Gewalt, bei Streik oder Ausspernung keine Zeitung geliefert werden kann, ist eine Entschädigung ausgeschlossen.

Abonnenten-Service: Telefon: 0751 / 29 555 555  
Telefax: 0751 / 29 555 556  
E-Mail: aboservice@schwaebische.de  
E-Mail: redaktion@schwaebische.de